

WIRTSCHAFTSCHRONIK

III. QUARTAL 2002

Europa wird im August von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Betroffen sind insbesondere Deutschland, Österreich, Tschechien und Slowakei. Allein in Deutschland werden die Schäden auf bis zu 15 Mrd. € geschätzt. Hilfszahlungen sollen auch von der Europäischen Union geleistet werden. Das Ausbleiben des erwarteten Konjunkturaufschwungs erschwert es einigen EU-Ländern, das im Stabilitätspakt vereinbarte Ziel einer Konsolidierung des Staatshaushalts bis 2004 zu erreichen. Die Europäische Kommission erwägt eine Fristverlängerung bis 2006.

1. Juli: Dänemark übernimmt die Präsidentschaft im Europäischen Rat.

22. Juli: Der US-amerikanische Telekom-Konzern WorldCom meldet Gläubigerschutz (Chapter 11) an. Mit einer Bilanzsumme von 104 Mrd. \$ ist dies der bisher größte Fall in der Unternehmensgeschichte der USA. Ihm ging ein Bi-

AUSLAND

lanzskandal voraus: Im Ausmaß von mehr als 7 Mrd. \$ wurde durch Falschbuchungen von Kosten als Investitionsaufwand die Unternehmensentwicklung verfälscht dargestellt.

23. Juli: Der EGKS-Vertrag, der 1952 die Montanunion begründete und damit als Grundstein der europäischen Wirtschaftsintegration gilt, läuft nach 50 Jahren aus. Er war verbunden mit Persönlichkeiten wie Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Walter Halstein. 1951 wurde das Abkommen von den sechs Staaten „Kerneuropas“ – Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg – unterzeichnet. Noch 1997 bezog sich der Vertrag von Amsterdam auf dieses Abkommen.

18. August: In Berlin findet ein Treffen der Regierungschefs der vom Hochwasser betroffenen Länder Deutschland, Österreich, Tschechien und Slowakei statt, an dem auch der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, teilnimmt. Als Ergebnis wird ab 2003 ein mit 1 Mrd. € pro Jahr dotierter Katastrophenfonds eingerichtet. Die bis 2006 vorgesehenen Subventionen der Strukturfonds können umgeschichtet und eine Reserve von 4% der Strukturfonds für Katastrophenhilfe verwendet werden. Deutschland und Österreich werden von den strengen Regeln für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen

befreit. Die Europäische Investitionsbank wird zusätzliche Kreditprogramme zum Wiederaufbau der Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Landwirtschaft wird in Deutschland durch die Möglichkeit, 516 Mrd. € an Subventionen vorzeitig in Anspruch zu nehmen, unterstützt. Produktionsausfälle können durch Aktivieren von zuvor brachgelegten Flächen ausgeglichen werden.

26. August bis 4. September: In Johannesburg findet der Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung statt mit dem Anliegen, Verständnis für die Beziehungen zwischen Armut, Umwelt und natürlichen Ressourcen zu schaffen. Mehr als 100 Regierungschefs bekennen sich dazu, die Bekämpfung der Armut und den Schutz der Umwelt als zentrale Elemente in die internationale Agenda aufzunehmen. Viele der bereits in der „United Nations Millennium Declaration 2000“ (<http://www.un.org/millennium/summit.htm>) geforderten Ziele werden neuerlich eingebracht. Vereinbart werden Ziele und ein Zeitplan für deren Umsetzung zu den Themen Armutsbekämpfung, Wasser- und Sanitärsituation, Gesundheit, nachhaltige Produktion und Konsum, Energie, Chemie sowie Management von natürlichen Ressourcen.

25. September: Anlässlich der Veröffentlichung des dritten Quartalsberichtes über das Euro-Gebiet (http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/quarterly_report_on_the_euro_area_en.htm) fordert der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Pedro Solbes, angesichts der durchschnittlichen Wachstumsrate von 1% im Jahr 2002 die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Lichte der gesamtwirtschaftlichen Lage und Aussichten zu bewerten. Deutschland, Frankreich, Portugal und Italien könnten zu den Hauptnutznießern zählen, falls die Frist zur Erreichung ausgeglichener Staatshaushalte (bisher 2004) auf 2006 verschoben wird.

ÖSTERREICH

Die Divergenz der Auffassungen der Koalitionspartner ÖVP und FPÖ über eine Steuerreform 2003, den Ankauf von Abfangjägern und das Festhalten am Budgetkonsolidierungskurs hat neben parteiinternen Problemen der FPÖ den Rücktritt der Vizekanzlerin, des Finanzministers und des Infrastrukturministers zur Folge. Der Bundeskanzler ersucht den Nationalrat, die 21. Legislaturperiode vorzeitig zu beenden.

1. Juli: Zur Betreuung sterbender Angehöriger können Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ihre Arbeitszeit ändern oder sich kenzieren lassen. Während dieser

Zeitspanne wird die Kranken- und Pensionsversicherung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gezahlt (Familienhospizkarenz, BGBl. I Nr. 89/2002).

Das Betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz (BMVG, „Abfertigung Neu“¹⁾), BGBl. I Nr. 100/2002) wird vom Nationalrat verabschiedet. Es gilt für alle Beschäftigungsverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 2002 beginnen. Die Gebietskrankenkassen werden verpflichtet, die Beiträge der Betriebe einzuheben und an die Mitarbeitervorsorgekassen abzuführen. Mit dem Initiativantrag zur Hochwasseroferentschädigung wird darüber hinaus im September 2002 eine Haftung der Gebietskrankenkassen für die Beitragszahlungen der Betriebe eingeführt.

2. Juli: Die österreichische Bundesregierung entscheidet sich für den Ankauf des Euro-Fighter „Typhoon“ als Nachfolgemodell der Draken-Abfangjäger. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen fallen die weiteren Kaufverhandlungen in die neue Legislaturperiode.

12. August: Die Creditanstalt CA geht als Marke mit ihrem gesamten Filialnetz in die „Bank Austria Creditanstalt“ über.

9. September: Nach dem Rücktritt von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ), Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ), Infrastrukturminister Mathias Reichhold und des stellvertretenden Parteiobmanns der FPÖ, Peter Westenthaler, kündigt Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Neuwahlen an.

17. September: Die Bundesregierung stellt ein Jugendbeschäftigungs- und Konjunkturpaket vor. In den folgenden drei Jahren erhalten Lehrbetriebe pro Lehrling einen öffentlichen Zuschuss von 1.000 € p. a. Die Betriebe müssen für Lehrlinge keine Unfall-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Die Finanzierung erfolgt aus den Überschüssen des Insolvenz-Ausfallsgeld-Fonds. Das Arbeitsmarktservice stellt 116 Mio. € für 2.000 zusätzliche „Auffangstellen“ sowie für ein Sonderqualifizierungsprogramm für 19- bis 25-jährige Arbeitslose zur Verfügung. Befristet gilt für jene Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter, die den Durchschnitt der letzten 3 Jahre übersteigen, eine zusätzliche Investitionsprämie von 10%. Das neue Abfertigungsmodell wird auf alle steuerpflichtigen Erwerbstätigen ausgedehnt, um auch Selbständigen ein Zukunftsvorsorgemodell anbieten zu können. Der Freibetrag von 20% auf Bildungsmaßnahmen von Betrieben wird auf interne Weiterbildungsmaßnahmen erweitert. Diese stehen nun auch den Beziehern und Bezieherinnen von Karenz- und Kindergeld offen.

¹⁾ Vgl. Keil, A., „Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2001“, WIFO-Monatsberichte, 2002, 74(1), S. 25-27.

19. September: Der Nationalrat verabschiedet das Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbaugesetz (HWG) 2002. Damit werden den im Sommer 2002 vom Hochwasser Geschädigten Hilfsleistungen in der Höhe von 250 Mio. € zur Verfügung gestellt. Weitere 250 Mio. € dienen dem Wiederaufbau der Infrastruktur. Mit einer Sondertranche von 50 Mio. € werden Einrichtungen der Siedlungswasserwirtschaft saniert. Den Hochwasseropfern werden zudem Steuererleichterungen von

rund 400 € p. a. gewährt²⁾. Zusätzlich werden Änderungen der geplanten privaten Altersvorsorge (Pensionsinvestmentfonds, Pensionszusatzversicherung) festgelegt³⁾.

²⁾ Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe siehe Scheiblecker, M., „Unternehmen abermals pessimistischer – Arbeitslosigkeit steigt weiter“, WIFO-Monatsberichte, 2002, 74(9), S. 556.

³⁾ Siehe dazu Url, Th., „Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität“, in diesem Heft.

WORKING PAPERS

- Nr. 182 • 2001 **Industrial Structure and Aggregate Growth**
Michael Peneder
- Nr. 183 • 2001 **Determinants of the Adoption of Information and Communication Technologies (ICT)**
Heinz Hollenstein
- Nr. 184 • 2001 **The Procedures of the Parity Commission and of its Subcommittee on Wages**
Wolfgang Pollan
- Nr. 185 • 2001 **Wo die Luft dünn wird. Zur Publikationstätigkeit der deutschsprachigen Wirtschaftsforschungsinstitute**
Angelina Keil, Peter Huber
- Nr. 186 • 2001 **Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?**
Wolfgang Pollan

Kostenloser Download:

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

www.ueberreuter.com

versand ■
logistik ■
offsetdruck ■
abo-service ■
digitaldruck ■
druckberatung ■
personalisieren ■
fulfillment-service ■
dtp ■
satz/repro ■
grafik-beratung ■
intranet/internet ■
datenkonzertierung ■
digitale fotografie ■
datenbank-management ■
cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@